



Delegierte aus MOL auf dem Bundesparteitag v. l.: Martin Schultheiß, Renate Adolph, Niels-Olaf Lüders, Maria Düsterhöft

„Wir haben kein Recht, diese Partei zu verspielen.“

„Die Ampel-Regierung braucht dringend Druck von links.“ Darüber waren sich die Delegierten des Parteitages der LINKEN Ende Juni in Erfurt einig. Über einige Themen wurde höchst emotional gestritten. Doch schließlich erhielten die Leitanträge des Parteivorstandes für Gemeinwohl, Klimagerechtigkeit, gegen Aufrüstung und Krieg sowie für den Neuaufbau der Partei die mehrheitliche Zustimmung der Genossinnen und Genossen. DIE LINKE bleibt die Partei für Gerechtigkeit, Frieden und ökologischen Umbau. Bei den Kontroversen ging es vor allem um den Ukraine-Krieg,

der im Leitantrag aufs Schärfste als verbrecherischer Angriffskrieg Russlands verurteilt wird. Die Ausrichtung der NATO habe das Denken in geopolitischen Einflusszonen und ein Wettrüsten insbesondere zwischen der NATO, Russland und China befördert. Dies sei aber keine Rechtfertigung für die Aggression. Die Partei stehe für Rechtsstaatlichkeit, Völkerrecht und Menschenrechte. Mehrere Anträge, die Auslösung des Krieges alleinig der NATO zuzuschreiben, wurden vom Parteitag abgelehnt. Die Delegierten sprachen sich gegen Rüstungsexporte und Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete aus.

Für vornehmlich viele junge TeilnehmerInnen war Sexismus in der LINKEN ein wichtiges Thema, dass sie ausführlich zur Sprache brachten und das auch weiter behandelt werden soll.

Auch wenn das Wort „gemeinsam“ in den Redebeiträgen das meist verwendete war, wird es angesichts erneut in der Diskussion zutage getretener vielschichtiger Sichtweisen für die gewählten Vorsitzenden, Janine Wissler und Martin Schirdewan, nicht leicht werden, nun auch gemeinsam mit den Mitgliedern einen wirklichen Aufbruch aus der Krise der Partei zu gestalten.

Renate Adolph

Was haben die Genossen beschlossen?

Seite 2

Flüchtlinge bei Gottschlings zu Hause

Seiten 3

Oderbruch hat Kulturerbe-Siegel

Seite 7

Neue Erscheinungstermine der Impulse

Seite 8

◀ Linke vor Ort

DIE LINKE für Gerechtigkeit, Frieden und ökologischen Umbau

Was auf dem Bundesparteitag noch beschlossen wurde:

Gemeinwohl vor Profit Reichtum, Arbeit und Zeit gerechter verteilen

- Umbau der Gesellschaft, der Leben für alle besser macht und den Planeten bewohnbar hält
- Mindesteinkommen von 1200 Euro und eine Rente, die den Lebensstandard im Alter sichert
- 500 000 gut bezahlte Arbeitsplätze in Pflege, Bildung und sozialer Arbeit
- Daseinsvorsorge den privaten Profitinteressen entziehen
- Kostenfreie Kitas und besser ausgestattete Schulen
- Einmalige Vermögensabgabe zur Bewältigung der Krisenkosten
- 100 Milliarden Euro für sozial-ökologische Energiesicherheit statt Aufrüstung
- Klimaschutz mit sozialer Absicherung für alle
- Preissteigerungen für Energie sozial ausgleichen
- Versorgung mit erneuerbaren Energien bis 2035

- Keine Verlängerung von Kohleabbau und Atomkraft
- 20 Milliarden Euro jährlich für Investitionen / Energiewende
- 17 Milliarden Euro jährlich für Investitionen / Mobilitätswende
- Mobilitätsgarantie für ländlichen Raum, Rufbusse, Sharing-Modelle
- ÖPNV schrittweise kostenfrei und sofort ein 365-Euro-Ticket
- 120 Milliarden Euro jährlich für Investitionen in klimaneutrale und soziale Infrastruktur der Kommunen

Dem Frieden, dem Völkerrecht und der Solidarität verpflichtet

- Verurteilung des Angriffskrieges Russlands
- Geoeopolitische Ausrichtung der NATO rechtfertigt nicht die russische Aggression
- Vollständiger Rückzug russischer Truppen aus der Ukraine und Waffenstillstand, der den Weg zu Friedensverhandlungen freimacht
- Keine Sanktionen, die sich

gegen die Bevölkerung richten oder zur Verarmung im Globalen Süden führen

- Keine Rüstungsexporte und Waffenlieferungen in Krisen- und Kriegsgebiete

- Solidarität für Menschen in Not ohne zweierlei Maß



Brandenburger Tobias Bank ist neuer Geschäftsführer der LINKEN



Im Land Brandenburg kennen viele Tobias Bank als erfolgreichen Kommunalpolitiker. Er erhielt bei zwei Kommunalwahlen

in seinem Wohnort Wustermark die meisten Stimmen. Der 36-jährige Historiker, Politik- und Verwaltungswissenschaftler ist Mitglied des Kreistages Havelland und leitet seit 2019 die Gemeindevertretung in Wustermark. „Zur Bewältigung der Krise unserer Partei braucht es Entschlossenheit, eine zeitgemäße Beschlusslage, aktive

Mitglieder und ein geschlossenes Auftreten.“ Mit diesem Credo, mit dem er sich bei den Delegierten des Bundesparteitages im Juni vorstellte, konnte er bereits gemeinsam mit seinem Team bei den Bundestags- und Landtagswahlen in seiner Region stets bessere Ergebnisse für DIE LINKE erzielen als die Bundes- und Landesebene. „Als Referent für Bundes-Länder-Koordination, als Teamer für das kommunalpolitische Forum Brandenburg und als Kommunalpolitiker verbinde ich politische Ebenen, vertrete Themen von der Bundes- bis zur kommunalen Ebene und stelle die Brauchbarkeit der LINKEN für die Menschen in den

Mittelpunkt. Mit Euch gemeinsam möchte ich eine Weiterentwicklung der Partei mit einer zweitgemäßen Kommunikation unsere Grundsätze vorantreiben, eine lebendige Mitgliederpartei entwickeln und in einem Diskussionsprozess die Kompetenzen der Bundesarbeitsgemeinschaften und der KommunalpolitikerInnen nutzen, damit wir Antworten auf die aktuellen gesellschaftlichen Fragen finden. Um das Vertrauen in DIE LINKE wiederherzustellen, sollten wir in Einheit und Pluralität von der Bundesin die Kreis- und Landesverbände wirken.“ Mit diesem Herangehen überzeugte er die Mehrheit der Delegierten für seine Wahl. **r. a.**

◀ Linke vor Ort

Viele ukrainische Flüchtlinge in Privatunterkünften

Impulse sprach mit Gabriele Gottschling über ihre Erfahrungen

Seit Ende Februar kamen Zehntausende Flüchtlinge aus der Ukraine nach Deutschland. In Märkisch-Oderland leben ca. 1500 von ihnen, vornehmlich in privaten Unterkünften. Die Familie von Gabriele Gottschling aus Altlandsberg hat Hilfesuchende bei sich aufgenommen.

Gabi, wie ist es dazu gekommen?

Eine bekannte Ukrainerin fragte uns Anfang März, ob wir jemanden kennen, der ukrainische Flüchtlinge aufnehmen könnte. Da unser Bungalow nur selten als Gästeunterkunft genutzt wurde, haben sich mein Mann und ich bereit erklärt, eine Frau mit zwei Kindern aufzunehmen. Dann standen aber acht Personen vor unserer Tür: zwei Mütter mit je einer 12-jährigen Tochter und je einem 4-jährigen Sohn sowie ein Rentnerpaar. Zwei der Ankömmlinge konnten wir bereits am nächsten Tag in der Nachbarschaft unterbringen. Ostern ist dann eine Mutter mit ihren zwei Kindern in die Ukraine zurückgekehrt.

Welche bürokratischen Hürden waren zu überwinden?

Es gab viele Unklarheiten mit der Bürokratie. Die Hotline des Landkreises bildete eine Hilfe. Aber das viele Papier im Beamtendeutsch, das ausgefüllt werden musste, war schon eine Herausforderung. Außerdem mussten das ja auch die Ukrainer verstehen. In der Ausländerbehörde stand ein Dolmetscher bereit. Aber bei der AOK und im Jobcenter ging man davon aus, dass ich die Dolmetscherin sei. Nebenbei bemerkt, war ich erstaunt, wie viele russische Vokabeln dabei noch aus meinem Gedächtnis zum Vorschein

kamen. Aber es ist natürlich ein Unding, dass solche wichtigen Gespräche, bei denen es um eine exakte Übersetzung geht, ohne Dolmetscher geführt werden. Wir mussten uns mit dem Google-Übersetzungsprogramm durch-



*Gabriele Gottschling,
Kreistagsabgeordnete der LINKEN*

wursteln. Aber die entsprechende Auszahlung ließ lange auf sich warten und auch die Ausfertigung der Krankenversicherungskarte.

Wie beurteilst Du die Hilfe des Landkreises für die Geflüchteten?

Der Landkreis war von Anfang an bemüht, die Herausforderung zu meistern. Ich konnte viele Fragen per Telefon oder E-Mail klären. Für die Geflüchteten gab es auch Unterlagen in ukrainischer Sprache. Trotzdem war es für sie schwierig, den Papierwust zu bewältigen. In der Ukraine laufen solche Prozesse überwiegend online.

Wie sieht die Unterstützung des Staates für die ukrainischen Geflüchteten konkret aus?

Im März, April und Mai erhielten die Geflüchteten Grundsicherung. Seit 1. Juni fielen sie in die Zuständigkeit des Jobcenters. Das bedeutet ALG II, also etwas mehr als

die Grundsicherung. Außerdem können sie die Kosten der Unterkunft beantragen. Das heißt aber, dass die vielen privaten Wohnraumgeber Mietverträge mit den Geflüchteten schließen müssen. Im Jobcenter werden Gespräche über Arbeitsangebote, Sprachkurse und die Anerkennung von Berufsabschlüssen geführt. Arbeitsmöglichkeiten gibt es ja derzeit viele, aber natürlich fehlen oft die erforderlichen Sprachkenntnisse.

Gibt es ausreichend Deutschkurse?

Eher nicht! Das wird ähnlich sein wie auch für andere Geflüchtete, die ja zum Teil sehr lange auf einen Kurs warten mussten. Außerdem sind die meisten Geflüchteten Frauen mit Kindern, die natürlich Betreuung für die Kinder benötigen. Bei uns lief das ohne große Probleme, dass Anna zur Schule und Nazar in die Kita gehen konnten. Beide wurden dort gut aufgenommen und haben sich wohlfühlt.

Inzwischen ist auch die andere Mutter mit ihren zwei Kindern wieder zurück in die Ukraine gefahren. Nun ist nur noch das ältere Ehepaar bei uns. Sie fühlen sich in unserem Bungalow wohl. Außerdem ist Olga gern bereit, mir bei der Gartenarbeit zu helfen. Momentan erkunden sie auch die Umgebung und sind auf der Suche nach Arbeit.



◀ Kolumne

Frischer Wind in Rehfelde?

Rainer Donath und Gerhard Schwarz über Energien aus der Region

Mit Erschrecken sieht man, dass Europa gerade „Energie-Selbstmord“ begeht. Das größte Rohstoffland Eurasiens, Russland, muss um jeden Preis mit Sanktionen belegt werden, um es zu „ruinieren“ (laut Außenministerin), wenn nicht sogar zu „vernichten“. Sein billiges Erdöl und Erdgas sind in den hasserfüllten Augen des „kollektiven Westens“ Gift für deutsche Motoren und Heizungen. Die große Suche nach neuen Bezugsquellen hat begonnen. Da spielen Demokratiefähigkeit des Herkunftslandes oder die Höhe der Kosten keine Rolle. Und schon gar keine Rolle spielt die Klimaschutzpolitik, das goldene Kalb der Grünen. Denn selbst die Fracking-Methode zur Gewinnung von Gas gerät auch schon in Deutschland in den aktuellen Sprachgebrauch. Und noch immer glaubt die Politik, dass die Europäische Union und die NATO am längeren Hebel sitzen. Doch sieht die Realität anders aus, so das Magazin Focus, indem es feststellt: „Weltweit stehen die Volkswirtschaften nun unter Stress. Außer den Rüstungskonzernen und Mineralölfirmen gibt es keine Gewinner. Niemals hätte Putin allein diese globale Energie-, Ernährungs- und Wirtschaftskrise auslösen können. Mit dem Design seines Sanktionsregimes war der Westen sein williger Assistent.“

Statt ein wettbewerbsfähiges Europa mit großen Potenzialen und wirtschaftlichen Potenzen auch als Pol gegen die Wirtschaftsmächte zu gestalten, bleiben wir in der bisherigen Abhängigkeit von den USA sowie neuen Abhängigkeiten von unberechenbaren Partnern mit noch unberechenbareren Machthabern.

Windkraftanlagen rücken Dörfern auf die Pelle

Statt voll auf Erneuerbare zu setzen, die großen Ziele nicht nur zu nennen, sondern Voraussetzungen für den beschleunigten Ausbau zu schaffen, verlieren wir uns in Ersatzbeschaffungen bei der Kohleverstromung und in alten Planungsgepflogenheiten.

So auch in unsrer Regionalen Planungsgemeinschaft, in der die Regionalräte aus Frankfurt (Oder) sowie der Landkreise MOL und LOS am 13. Juni die Weichen für die künftige Produktion erneuerbarer Energien gestellt haben. Die Regionalversammlung hat mit großer Mehrheit die Aufstellung eines Teilregionalplanes „Erneuerbare Energien“ beschlossen. Die Regionalräte haben entsprechend dem Urteil des OVG Berlin-Brandenburg neue Kriterien für die Ausweisung von Windeignungsgebieten sowie Handlungsempfehlungen für die Kommunen zur Ausweisung neuer Freiflächen-Solaranlagen festgelegt.

Per Gesetz gilt nun für zunächst zwei Jahre erneut ein Verbot, außerhalb der festgelegten Eignungsgebiete Windkraftanlagen zu

bauen. Es gibt nur Einzelentscheidungen des Landesumweltamtes zu jedem Bauantrag der Investoren. Schon jetzt sei absehbar, dass durch den Neubau oder das Repowern alter Windkraftanlagen „das Doppelte der bislang installierten Leistung dazu kommen“ solle. Für Rehfelde mit dem Windfeld Werder und Zinndorf könnte das zu einer Verdichtung durch den Zubau weiterer WKA kommen und deren Standorte näher als gedacht an die Dörfer heranrücken.

Während die Planungsgemeinschaft für die Ausweisung der Eignungsgebiete Wind das Sagen hat, stellen die Kriterien für die Freiflächen-Solaranlagen nur eine Richtlinie und Empfehlung für die Kommunen dar. All das hängt entscheidend vom Handeln der Gemeindevertreter und vom Willen, Lösungen zu erzielen, ab.

Kommen die Länder ihrer Verpflichtung zum Nachweis der Flächen für Windenergie (in Brandenburg 1,8 % bis 2026 und 2,2 % bis 2032) nicht nach, dürfen Windräder auch auf nicht dafür ausgewiesenen Flächen gebaut werden. Die Mindestabstände von Windrädern zu Wohnhäusern würden dann ebenfalls fallen.



◀ **Unsere Abgeordneten in den Parlamenten**

Bisher keine Beschäftigungsgarantie für PCK-Mitarbeiter



Auf die Schriftliche Anfrage von Christian Görke zu einer Beschäftigungsgarantie für die 1.200

MitarbeiterInnen der PCK-Raffinerie Schwedt antwortete das Wirtschaftsministerium ausweichend.

Dazu erklärte der Bundestagsabgeordnete der LINKEN aus dem Land Brandenburg:

„Nun ist die Katze aus dem Sack! Von einer eindeutigen schriftlichen Garantie für die Beschäftigten im PCK Schwedt, wie die Brandenburger Landesregierung, die Gewerkschaften und die Linksfraktion es fordern, ist nichts zu vernehmen.

Im Wirtschaftsministerium von Herrn Habeck weiß scheinbar die linke Hand nicht, was die rechte

Hand tut. Der parlamentarische Staatssekretär Kellner spielt sich vor Ort als der große Retter auf. Aber aus dem Bund kommt außer Absichtsbekundungen und Träumereien nichts Konkretes. Die Großdemonstration in Schwedt Ende Juni zeigt, wie tief Verunsicherung und Frust in der Region sitzen. Es müssen jetzt endlich Nägel mit Köpfen für die Beschäftigten und die gesamte Region gemacht werden angesichts des einseitigen Ölembargos ab November!“

Endlich Streichung des § 219 a



Zu der im Juni vom Bundestag beschlossenen Streichung des § 219 a StGB

„Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“ erklärte die rechtspolitische Sprecherin der Linksfraktion

im Landtag Brandenburg, Marlen Block:

Die Abschaffung des Paragraphen 219a im Strafgesetzbuch war überfällig. Ich bin froh, dass der langwierige Kampf von AktivistInnen, Betroffenen und PolitikerInnen endlich Erfolg hat. Der § 219a StGB kriminalisierte Ärztinnen und Ärzte auch dann, wenn sie lediglich seriöse Informationen über die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen angeboten haben.

Mit der endlich gestrichenen Regelung wurden bisher ungewollt Schwangere regelrecht daran gehindert, sich sachlich zu informieren. Der Druck auf Frauen und Mädchen in dieser so persönlichen Entscheidung muss aufhören und die Kriminalisierung der Abtreibung in Gänze beendet werden. DIE LINKE fordert deshalb weiter, dass Schwangerschaftsabbrüche gänzlich aus dem Strafgesetzbuch gestrichen werden und auch § 218 StGB abgeschafft wird.

Kein Bahnhof Brandenburgs vollständig barrierefrei



Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) sollte bereits zum 1. Januar 2022 per Gesetz

vollständig barrierefrei sein. Im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) betrifft dies insbesondere Fahrzeuge, Bahnsteige, Bahnhö-

fe und Haltepunkte von RE, RB sowie S-Bahn (u. a. stufenloser Zugang, Toiletten, Aufzüge, Fahrsteige, taktile Leitsysteme). Wie aus einer Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion im Landtag hervorgeht, ist kein einziger Bahnhof der Deutschen Bahn in Brandenburg vollständig barrierefrei. Dazu erklärt der verkehrspolitische Sprecher der Fraktion Andreas Büttner: Von insgesamt 310 Bahnhöfen ist kein einziger vollständig barrierefrei. Bei jedem zweiten fehlt ein

Fahrstuhl und es mangelt an Leitsystemen. An einigen Bahnhöfen sind manche Gleise nicht barrierefrei erreichbar. Für Menschen im Rollstuhl oder mit Rollator bedeutet das: Sie müssen an benachbarten Stationen umsteigen. Das ist beschämend und unzumutbar. Anstatt endlich mehr Fördermittel für die Barrierefreiheit bereitzustellen, wartet das zuständige Landesministerium wieder mal auf den Bund. Politische Verantwortung und Daseinsvorsorge wären geboten.

◀ **Aus unsere Postmappe**

VVN-BdA reicht Projekt für den Strausberger Bürgerhaushalt ein

Am 30. Juni endete die Frist für die Einreichung von Projekten für den Strausberger Bürgerhaushalt 2023. Nach einem Scheitern des von den LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung vor einigen Jahren angestrebten Bürgerhaushaltes gibt es für das kommende Jahr einen neuen Anlauf. Der Kreisverband der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) Märkisch-Oderland hat dazu fristgerecht ein Projekt



eingereicht, dass von der Bürgermeisterin, Elke Stadeler, bereits 2015 angeregt wurde: Das Erarbeiten und Aufstellen von erklärenden Tafeln am Gedenkstein für die Opfer des Faschismus in der Wriezener Straße. Der häufig als Veranstaltungsort genutzte Ehrenhain für die Opfer des Faschismus ist für ältere Bürgerinnen und Bürger ein feststehender Begriff. Für jüngere Besucherinnen und Besucher dieses Gedenkortes ergeben sich vielfältige Fragen zur Geschichte des Denkmals sowie seiner früheren und heutigen Bedeutung.

Diese Lücke möchte der VVN-BdA MOL schließen und bereitet die inhaltliche Erarbeitung von zwei erklärenden Tafeln vor. In Abstimmung mit der Bürgermeisterin, die in einem Gespräch ihre Unterstützung zugesichert hatte, sowie mit

freundlicher Genehmigung des Grundstückseigentümers, der Stephanus gGmbH, sollen die Tafeln, die Genehmigung des Projektes im Bürgerhaushalt vorausgesetzt, zum Tag der Opfer des Faschismus am 10. September 2023 der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Der Kreisvorstand der VVN bitet auch die Leserinnen und Leser der Impulse um breite Unterstützung für dieses Projekt. Mit online-Abstimmungen und Unterschriftensammlungen werden die eingereichten Projekte durch die Einwohnerinnen und Einwohner Strausbergs priorisiert. Über den Inhalt der Tafeln und die Modalitäten der Abstimmung informieren wir in der September-Ausgabe der Impulse.

*Wolfram Wetzig
Sprecher des Kreisvorstandes
der VVN-BdA MOL*

Ein „Praktikum“ der anderen Art Notizen der Landesvorsitzenden der LINKEN, Katharina Slanina

Carolin Schönwald, Mitglied des Landesvorstandes der LINKEN aus Buckow, und ich (in Vertretung der Landtagsabgeordneten



Carolin Schönwald und --->

Bettina Fortunato) servierten Anfang Juni im Bistorante zum Storchennest in Jahnsfelde den Gästen das Essen. Zum einen wollten wir damit den Kindertag feiern. So hat jedes Kind eine Kugel Eis von uns geschenkt bekommen. Zum anderen war es uns einfach auch wichtig, selbst festzustellen, dass Dienstleistungen in der Gastronomie harte körperliche Arbeit bedeutet. Dabei gab es spannende Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern.

Wir bedanken uns beim Gaststättenteam des Restaurants für den tollen Tag. Für 2023 wurde schon ein weiterer Termin für den 1. Juni ausgemacht.



Katharina Slanina ganz praktisch

◀ Kultiges

Oderbruch ist europäisches Kulturerbe!

Landschaft, Siedlungsgeschichte und erschaffenes Wassersystem

„Menschen machen Landschaft“ – mit diesem Motto hat das Oderbruch im Juni das Europäische Kulturerbe-Siegel erhalten. Zuvor haben viele Beteiligte in der Arbeitsgemeinschaft „Kulturerbe Oderbruch“ über Jahre hinweg die Bewerbung auf das Siegel vorbereitet. Dabei fungierte das „Oderbruch Museum Altranft – Werkstatt für ländliche Kultur“ als Fach- und Koordinationsstelle. Die Initiative umfasst heute ein Netzwerk von 40 Kulturerbe-Orten von Oderberg bis Lebus, von Bad Freienwalde bis Seelow. Sie wollte vor allem die Geschichte und die menschliche Arbeit, die die Landschaft prägen, aufzeigen: Schließlich verfügt das Oderbruch als größter besiedelter Flusspolder Europas mit fast 1000 Quadratkilometern über ein

raumübergreifendes Wassersystem. Seine Siedlungsgeschichte zeigt sich an Baudenkmalen, in Fischer- und Kolonistendörfern sowie Loose-Gehöften. Seit der Preußischen Binnenkolonisation im 18. Jahrhundert ist die Bevölkerung des Oderbruchs immer wieder durch Zuwanderung bereichert worden, so die Initiative.

„Menschen aus ganz Europa haben das Oderbruch in den vergangenen Jahrhunderten urbar gemacht, gestaltet und bereichert – ein eindrucksvolles Beispiel gelungener Integration“ unterstrich

die brandenburgische Kulturministerin, Manja Schüle, anlässlich der bedeutsamen Anerkennung. Landrat Gernot Schmidt hob hervor: „Das Oderbruch ist Keimzelle

Foto: R. Adolph



Gasthof Zum Alten Fritz in Altlewin

klassischer europäischer Tugenden wie Fleiß, Zuwanderung und Freiheit.“
r. a.

Schöne Vorstellung mit dem Mimen Dieter Mann

Schon der doppelsinnige Buchtitel „Schöne Vorstellung“ über das Schauspielerleben Dieter Manns lockte viele Zuhörer im Juni zu einer Lesung in das Haus der Generationen in Hoppegarten. Der bekannte Journalist und Autor Hans-Dieter Schütt stellte hier die von ihm verfasste „Autobiographie in Gesprächen“ über den beliebten Künstler vor. Zu Beginn erinnerte Schütt in bewegenden Worten an den im Februar mit 80 Jahren Verstorbenen, mit dem er zuvor über eineinhalb Jahre lang Gespräche für dieses Buch führte. Dabei hatte der Darsteller ein halbes Jahrhundert Theatergeschichte Revue passieren lassen, so der Autor. Schließlich prägte Mann vierzig Jahre lang das Berliner Deutsche Theater mit, als Schauspieler sowie von 1984 bis 1991 als dessen Intendant. In den 70er Jahren hatte er seinen Durchbruch in Ulrich Plenzdorfs „Die Leiden des jungen Werther“, den er über

300-mal auf der Bühne spielte. Zahlreichen Menschen ist der eindrucksvolle Mime auch aus DEFA-Filmen wie „Glück im Hinterhaus“ bekannt und aus komödiantischen Auftritten, zum Beispiel im legendären „Kessel Buntes“. Er spielte in über 140 Film- und Fernsehproduktionen. Hans-Dieter Schütt erinnerte daran, dass der vielseitige Mann seine letzte Rolle vor der Kamera 2014 in der Komödie „Die letzte Million“ an der Seite zahlreicher namhafter Schauspieler der DDR hatte. Der vielseitige und präzise Schauspieler galt als hervorragend im Umgang mit der Sprache und wurde als einer der besten Vorleser des Landes gefeiert. Dieter Mann war Schauspieler, Regisseur, Hörspielsprecher und Hochschullehrer – viel Stoff für ein Buch.

In den Gesprächen mit Schütt berichtete Mann über Begegnungen mit großen Kollegen, über Kollisio-

nen etwa mit der Zensur, über Erfolge und Misserfolge.

„Dieter Mann vergaß nie, woher er kam. Er war nie abgehoben, war ein denkender Schauspieler“, so Hans-Dieter Schütt. 1941 in Berlin geboren, besuchte er die Volksschule, lernte Dreher und arbeitete im VEB Schleifmaschinenwerk Berlin. An der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät (ABF) machte er sein Abitur und absolvierte ab 1962 ein Schauspielstudium an der Staatlichen Schauspielschule „Ernst Busch“ in Berlin. Von Friedo Solter wurde er noch während der Ausbildung 1964 an das Deutsche Theater verpflichtet. Schütt zitierte zum Abschluss die bekannte Darstellerin des Deutschen Theaters Inge Keller: „Präzise, entschieden, niemals fahrig, ein charmanter Kerl, muss man schon sagen. Bühnenfüllend, raumgreifend“ dieser Mann.

Renate Adolph

Bürgerbüros**Bettina Fortunato (Mdl)****Bürgerbüro Seelow**

Breite Straße 9

15306 Seelow

Telefon:(0 33 46) 85 21 45

Telefax: (0 33 46) 85 21 47

buero-fortunato@t-online.de

www.bettina-fortunato.de

Montag bis Donnerstag

9.00 - 13.00 Uhr

Geschäftsstellen**Kreisgeschäftsstelle MOL**

www.dielinke-mol.de

info@dielinke-mol.de

Strausberg

Große Straße 45

15344 Strausberg

Telefon:(0 33 41) 31 17 96

Telefax: (0 33 41) 31 47 75

strausberg@dielinke-mol.de

www.dielinke-strausberg.de

Montag bis Donnerstag

10.00 -12.30 Uhr

Bad Freienwalde

Grünstraße 8

16259 Bad Freienwalde

Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41

frw@dielinke-mol.de

www.dielinke-frw.de

jeden 1. Dienstag im Monat

9.30 -11.30 Uhr

und jeden Donnerstag

16.00 - 18.00 Uhr

LinksTreff Seelow

Breite Straße 9

15306 Seelow

Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47

seelow@dielinke-mol.de

www.dielinke-seelow.de

Montag bis Mittwoch

9.00 -12.00 Uhr

Nächste Ausgabe

Redaktionsschluss: 9. Aug. 2022

Erscheinen: 24. Aug. 2022

◀ Treffpunkt Große Straße 45**Wir freuen uns auf Euren Besuch in der Kreisgeschäftsstelle der LINKEN in Strausberg.****Gemeinsames Frühstück**

jeden Freitag, 9 bis 11 Uhr

DIE LINKE hilft bei Technik:

Computer, Handz, Geräte

jeden 3. Sonntag im Monat,

11–13 Uhr vor Ort oder

Video: bit.ly/03341

17. Juli, 21. August

Kostenlose Rechtsberatung – DIE LINKE hilftjeden 1. Dienstag im Monat, 18.30 Uhr, vor Ort oder <https://videokonferenz.dielinke.de/b/mat-olu-Osb-etw>**Beratung Kreisvorstandes**

21. Juli, 18.30 Uhr

Die Geschäftsstelle ist**vom 8.–14. August geschlossen.****DIE LINKE. MOL sucht für bevorstehende Wahlen einen Wahlleiter.**Bitte meldet Euch unter: info@dielinke-mol.de oder Tel. 03341 31 17 96.**Wanderung mit der Willkommensgruppe**

Bei brütender Hitze startete unsere Willkommensgruppe Bad Freienwalde gemeinsam mit mehr als

20 Geflüchteten, darunter viele Kinder, am 18. Juni zu einer Wanderung. Dabei ging es vom Freienwalder Oderlandhaus durch Schiffmühle über den Höhenzug der Neuenhagener Insel bis zum 4 Kilometer entfernten Gabower Feldbackofen. Dort erwarteten uns kalte Getränke, Kaffee und leckerer Kuchen. Die Kinder konnten zusätzlich Pizza backen. Vera Wesner hatte mit dem Ehepaar Ewald alles sehr liebevoll hergerichtet. Trotz der Hitze war die Stimmung gut und vor allem die Kinder hatten richtig Spaß. Diese Aktion haben wir mit den Spendengeldern unserer Spielzeuggörse auf der „Bad Freienwalde ist bunt“-Kundgebung im letzten Jahr finanziert.

*Karin Klinger***In eigener Sache**

Immer wieder hörten wir Klagen, dass die Ausgaben der Impulse erst nach Mitte eines Monats verteilt werden. Darum hat sich die Redaktion zu einigen Änderungen entschlossen:

- Die Impulse werden künftig in der Regel am 3. eines Monats erscheinen.
- Redaktionsschluss ist künftig am 18. des Vormonats.
- Ausnahmsweise und um die Programme der Friedenswoche zu veröffentlichen, erscheint aber im Übergang die nächste Ausgabe, die September-Ausgabe, bereits am 24. August. Redaktionsschluss ist am 9. August.
- Wir haben die Druckerei gewechselt, angesichts mehrerer verspäteter Lieferungen.
- Das Papier ist u. E. jetzt besser. Es ist matt und stabiler.
- Wir haben die Auflage auf 2500 Exemplare angesichts gestiegener Nachfrage erhöht.
- Alle Ortsverbände können also auch mehr Exemplare erhalten, um Mitglieder und Sympathisanten mit unserer Kreiszeitung der LINKEN MOL zu erreichen.
- Leider erhöhen sich auch die Kosten. Wer möchte, kann uns gern mit einer Spende unterstützen:
DIE LINKE. MOL, Sparkasse Märkisch-Oderland, DE 97 1705 4040 3008 0274 49.

*Renate Adolph und Simone Schubert***IMPRESSUM**

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Niels-Olaf Lüders, Tel. 03341-311796, Redaktion: Renate Adolph, Simone Schubert, info@dielinke-mol.de.

Layout u. Satz: Fortunato Werbung, www.fortunato-werbung.de, Fotos/Grafiken: DIE LINKE. MOL, privat